

EWN

Entsorgungswerk für
Nuklearanlagen



Pressespiegel

01.11.2022

Inhalt

EWN

1 Atommüll-Lager Lubmin: BUND fordert mehr Sicherheit bei Zwischenlagerung <i>presseportal.de, 31.10.2022</i>	3
2 „Echtes Risiko, dass Gas im Winter nicht reicht“ <i>Ostsee-Zeitung - Greifswalder Zeitung, 29.10.2022</i>	5
3 LNG-Terminal in Lubmin schon vor dem Start überbucht <i>Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung, 29.10.2022</i>	7
4 Inflation sorgt für fast eine halbe Milliarde mehr Steuereinnahmen für MV <i>Ostsee-Zeitung.de, 28.10.2022</i>	8
5 Polen lässt erstes AKW von US-Firma bauen <i>Spiegel.de, 29.10.2022</i>	9
6 Argumente abgeschaltet? <i>DER TAGESSPIEGEL, 01.11.2022</i>	10

Atommüll-Lager Lubmin: BUND fordert mehr Sicherheit bei Zwischenlagerung

Jüngste Ereignisse im Ostsee-Raum belegen Dringlichkeit des Schutzes vor Angriffen

Atommüll-Lager Lubmin: BUND fordert mehr Sicherheit bei Zwischenlagerung – Jüngste Ereignisse im Ostsee-Raum belegen Dringlichkeit des Schutzes vor Angriffen

Berlin. Anlässlich des Erörterungstermins für den Neubau des Zwischenlagers Nord in Lubmin an diesem Dienstag bekräftigt der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) die Forderung einer Neubetrachtung der deutschen Atommüll-Zwischenlagerung. Die bundesdeutschen hochradioaktiven Abfälle lagern in 16 teils hochproblematischen Zwischenlagern, die den gebotenen Sicherheitsanforderungen nicht entsprechen. Erstmals seit über 15 Jahren gibt es nun konkrete Pläne für einen Neubau. Der BUND hat im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung kritische Einwendungen eingereicht. Er wird vor Ort mit dem Betreiber **EWN** und der Bundesbehörde BASE für mehr Sicherheit debattieren.

Der BUND bemängelt, dass die bisherigen Planungen für das Zwischenlager in Lubmin den notwendigen Sicherheitsanforderungen für hochradioaktive Abfälle nicht entsprechen. Olaf Bandt, Vorsitzender des BUND: „Die bislang vorliegenden Pläne für das Zwischenlager in Lubmin dürfen so nicht realisiert werden. Es klafft eine große zeitliche Lücke zwischen dem Auslaufen der Zwischenlagereignisgenehmigungen und einem potenziellen tiefengeologischen und dauerhaften Atommülllager. Wir fordern vom BASE und der Bundesregierung einen soliden gesellschaftlichen Prozess, wie es mit der Zwischenlagerung weitergeht. Nun gilt es, auf der Grundlage von Fakten und wissenschaftlichen Erkenntnissen weiter an den bestehenden realen Problemen zu arbeiten, die durch die Nutzung der Atomenergie entstehen.“ In den kommenden zwei Jahrzehnten verlieren alle Zwischenlagerstandorte ihre Genehmigungen. Deshalb muss die Langzeitlagerung grundlegend erörtert werden.

„Die vorliegende Planung für den Neubau des Zwischenlagers in Lubmin ist unzureichend.“ führt Oda Becker, Diplom-Physikerin und Expertin für Risiken von Atomanlagen, aus: Eine risikoarme Zwischenlagerung ist die Voraussetzung für eine erfolgreiche Endla-

gersuche.“ Mängel seien, dass defekte Castoren nicht repariert und die Behälter nicht auf ihre Sicherheit überprüft würden. Becker: „In Deutschland ist zurzeit nicht vorgesehen, das Behälterinnere zu untersuchen. Insbesondere aufgrund der notwendigen langen Lagerzeit ist es aber dringend erforderlich, das Alterungsmanagement auch auf das Innere der Behälter auszuweiten. Das ist nur durch das Öffnen von Behältern in einer ‚Heißen Zelle‘ möglich.“

Der Bau des Zwischenlagers in Lubmin hat eine große Bedeutung für weitere Atomlager in Deutschland und stellt eine Entscheidung mit enormer Tragweite für Mecklenburg-Vorpommern dar. „Für die Bevölkerung muss größtmögliche Sicherheit gewährleistet sein“, fordert Corinna Cwielag, Landesgeschäftsführerin beim BUND Mecklenburg-Vorpommern. „Die Menschen vor Ort brauchen ein belastbares Konzept, das alle Sicherheitsaspekte umfasst. Wir haben schon für das aktuelle Zwischenlager gefordert, dass es einen besseren Schutz vor möglichen Terrorangriffen geben muss. Leider ist das Thema aktueller denn je im Ostseeraum. Deshalb muss die Mauerdicke des Neubaus bestmöglich vor Einwirkungen von außen schützen. Die Castoren im Zwischenlager unterliegen erheblichen Alterungsprozessen und können undicht werden. Ein Zwischenlager ohne Reparaturmöglichkeit, um defekte Castoren instand zu setzen darf von der Bundes- und Landesregierung nicht gebilligt werden. Deshalb fordern wir den Einbau einer sogenannten ‚Heißen Zelle‘. Menschen und Umwelt müssen bestmöglich vor dem Austritt von Radioaktivität geschützt werden. Das darf nicht an Kosten scheitern.“

Hintergrund:

Die Betreiberin des Zwischenlagers, die **Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH (EWN)**, hat den Genehmigungsantrag für ein neu zu errichtendes Transportbehälterlager am Standort Lubmin/Rubensow beim Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen

Entsorgung (BASE) gestellt. Hierzu haben der BUND und andere Gruppen/Personen Kritik in Form sogenannter Einwendungen formuliert. Am Dienstag hört die Genehmigungsbehörde BASE die Kritik der Einwender*innen an und lässt die Antragstellerin **EWN**

und Gutachter*innen dazu Stellung nehmen. Im Nachgang werden gegebenenfalls Auflagen erteilt und die Einwendungen und der Umgang damit findet Eingang in den Genehmigungsbescheid.

📰 Ostsee-Zeitung - Greifswalder Zeitung | 29.10.2022 | S. 15

📄 Auflage: 10.470 | Reichweite: 31.339

👤 Cornelia Meerkatz

ENERGIEKRISE

„Echtes Risiko, dass Gas im Winter nicht reicht“

Geschäftsführer von Gasnetz Vorpommern: Großbetriebe wie EWN Lubmin wären bei Mangellage ungeschützt.

„Die Menschen müssen beim Gasverbrauch sparen!“, sagt Volker Höfs, Geschäftsführer von Gasnetz Vorpommern. Er weiß, sagt er, dass die Aufforderung mittlerweile abgedroschen klingt - vor allem vor der Tatsache, dass in regelmäßigen Abständen öffentlich über den hohen Füllstand der Gasspeicher berichtet wird. „Wenn die Menschen hören, dass bereits 97 Prozent und mehr erreicht sind, suggeriert das Sicherheit. Dem ist aber nicht so“, meint Höfs.

„Zum jetzigen Zeitpunkt sind die Gasspeicher tatsächlich gut gefüllt. Aber: Wir haben es Ende Oktober und es ist noch spätsommerlich warm. Bei Temperaturen zwischen 15 und 20 Grad drehen nur ganz wenige die Heizung auf. Wenn es Mitte oder Ende November richtig kalt werden sollte, drehen alle ihre Heizung auf. Und dann wird mehr Gas entnommen, als täglich durch neue Einkäufe dazukommt. Und dann nimmt der Füllstand der Speicher kontinuierlich ab“, sagt Höfs.

Sein Unternehmen ist daher schon seit Wochen damit beschäftigt, sich auf eine Gasmangellage vorzubereiten, damit dann tatsächlich seine Mitarbeiter wissen, was zu tun ist. „Wir unterscheiden dann auf der Grundlage des Gesetzes über die Elektrizitäts- und Gasversorgung, auch Energiewirtschaftsgesetz genannt, zwischen geschützten und ungeschützten Kunden“, erklärt Volker Höfs. Dahinter verbirgt sich die Sicherstellung der Versorgung von Haushaltskunden mit Erdgas und Fernwärme.

Denn Haushaltskunden sind ebenso wie Einrichtungen aus dem sozialen Bereich - also Krankenhäuser, Pflegeheime, Schulen und Kindertagesstätten - und kleines Gewerbe sogenannte geschützte Kunden. Die Gaslieferung wird im Falle einer außergewöhnlich hohen Nachfrage und damit knapper werdender Vorräte und eventueller Unterbrechungen aufrechterhalten, solange genug Gas verfügbar ist. Nicht geschütz-

te Kunden werden bei Engpässen in der Gasversorgung sofort zur Reduzierung des Verbrauchs verbindlich aufgefordert. „Diese Lastreduktionen bei nicht geschützten Kunden werden wie folgt vorgenommen: Wenn genügend Zeit und unser Netz stabil ist, erfolgt die Reduktion über alle Kunden gleichmäßig. Wenn unserem Gasnetz akut Ausfälle drohen, werden wir nicht geschützte Kunden auffordern, ihre Anlagen komplett abzuschalten“, erläutert Volker Höfs.

Doch wer sind diese „nicht geschützten Kunden“? Der Geschäftsführer nennt Beispiele: Große Unternehmen, die keine Haushalte direkt versorgen und auch keine sozialen Dienste bedienen. Das sind etwa die Wolgaster Peene-Werft und das **Entsorgungswerk für Nuklearanlagen (EWN)** Lubmin, aber auch große Hotels auf Usedom wie das „Baltic“ in Zinnowitz, Hotels der Seetel-Gruppe und auch das Hotel „Kaiserstrand“ in Heringsdorf, die Ahlbecker Ostseetherme oder die Firma Biosanica bei Grimmen. „Alle nicht geschützten Unternehmen kennen ihre Einstufung und wissen auch über das genaue Prozedere Bescheid, wenn Gas knapp wird. Wir haben mit allen Firmen persönlich gesprochen“, informiert Höfs.

Der langjährige Geschäftsführer gibt zu, das jetzige Szenario niemals für möglich gehalten zu haben. Und er sieht tatsächlich in diesem Winter „ein echtes Risiko, dass das Gas nicht reicht.“

Im Hinterkopf hat er dabei noch ein anderes großes Problem: Wenn es so eng werden sollte, dass es zu Versorgungsausfällen kommt und Anlagen komplett vom Netz genommen werden müssen, dauere es nach seinen Worten vier bis sechs Wochen, bis die Heizungsanlagen alle wieder hochgefahren und am Netz sind. „Das ist eine lange Zeit, in der Anlagen auch Schaden nehmen können. Ich appelliere deshalb an jeden unserer Kunden, egal ob geschützt oder ungeschützt, den sparsamen Umgang mit Gas ernst zu nehmen.“

Zitat-Text:

”Die Menschen müssen beim Gasverbrauch spa-

**ren - auch wenn das abgedroschen klingt.”
- Volker Höfs, Geschäftsführer von Gasnetz Vor-**
pommern



Das Entsorgungswerk für Nuklearanlagen (EWN) Lubmin – hier eine Luftaufnahme – gehört zu den nicht geschützten Kunden und würde bei Erfordernis wohl zumindest in Teilen vom Gasnetz genommen.

WIRTSCHAFT**LNG-Terminal in Lubmin schon vor dem Start überbucht**

Ambitioniertes Ziel: Am 1. Dezember will die Deutsche Regas Flüssiggas in Lubmin anlanden. Sechs Wochen vorher startete nun offiziell das Genehmigungsverfahren. Der Umweltverband BUND kündigte eine kritische Prüfung an. Laut Investor gibt es einen Run auf die Kapazitäten.

Am 1. Dezember will die Deutsche Regas Flüssiggas in Lubmin anlanden. Sechs Wochen vorher startete nun offiziell das Genehmigungsverfahren.

Für das erste LNG-Terminal im vorpommerschen Lubmin treiben Investor und Land die Vorbereitungen mit Hochdruck voran - auch wenn es bis zum geplanten Start am 1. Dezember immer enger wird. Nach Angaben des Investors Deutsche Regas sind die Ausschreibungen der Kapazitäten über das schwimmende Terminal inzwischen abgeschlossen. „Wir sind überbucht und haben damit ein Luxusproblem“, sagte der Aufsichtsrat Stephan Knabe. Innerhalb der kommenden zwei Wochen sollen die Kapazitäten vergeben werden. Für die anfangs ausgeschriebene Menge von 3,6 Milliarden Kubikmeter seien demnach Gebote über 7,1 Milliarden Kubikmeter abgegeben worden. Zwanzig Prozent der sich auf 4,5 Milliarden Kubikmeter belaufenden Jahreskapazität der Anlage sollen variabel vergeben werden.

Nach Angaben von Landesumweltminister Till Backhaus (SPD) wurden inzwischen alle nötigen Dokumente vom Investor bei der zuständigen Genehmigungsbehörde (Stalu Vorpommern) eingereicht. Während eine erste Prüfung der Unterlagen bis zum 8. November abgeschlossen sein soll, birgt vor allem die Auslegung und anschließende Frist zum Einreichen von Beschwerden noch Verzögerungspotenzial. Die Frist hierfür endet laut Backhaus am 21. November. Im schlechtesten möglichen Fall könne das Verfahren sich vom heutigen Freitag gerechnet bis zu 13 Wochen hinziehen. Der Minister zeigte sich jedoch optimistisch, dass dieses Szenario nicht eintreten werde.

Der Umweltverband BUND kündigte an, die Unterlagen kritisch zu prüfen. „Uns ist besonders wichtig, dass es einen qualifizierten und umfangreichen Ausgleich für die Eingriffe in die Natur gibt“, sagte BUND-Landeschefin Corinna Cwielag. Der Greifswalder Bodden sei ein Vogelschutzgebiet, wo gerade in den Win-

termonaten die Hochzeit des Rastgeschehens zu verzeichnen sei. Auch müsse geschaut werden, ob ähnlich wie in Wilhelmshaven mit Bioziden behandelte Abwässer durch das LNG-Terminalschiff in das Gewässer geleitet werden.

Die Bedenken des BUND wies die Deutsche Regas zurück. Anders als in Wilhelmshaven komme in Lubmin kein Open-Loop-, sondern ein Close-Loop-System zum Einsatz, sagte Knabe. „Wir gehen fest davon aus, dass bei der Qualität der etwa 1000 Seiten umfassenden Antragsunterlagen die Zeitschiene gehalten werden kann.“ Um wirtschaftliche Risiken abzufedern, habe man sich bei den Verträgen mit den Kunden, die das LNG anliefern wollen, eine gewissen Flexibilität beim Hochfahren von anderthalb Monaten ausbedungen, so Knabe. Aufgrund größerer Anlandeschiffe geht der Unternehmer davon aus, dass künftig sogar statt jährlich 4,5 Milliarden Kubikmetern an regasifiziertem Flüssiggas bis zu 5,2 Milliarden Kubikmeter in das deutsche Gasnetz eingespeist werden können.

Neben dem Stalu sind das Bergamt Stralsund und die Bundesnetzagentur an Genehmigungsprozessen für die Flüssiggas-Anlandung in Lubmin beteiligt. Das Bergamt hat laut dem Umweltminister bereits grünes Licht gegeben, die Erlaubnis zur Netzeinspeisung durch die Bundesbehörde steht noch aus. Backhaus will sich seinen Worten nach gemeinsam mit Landeswirtschaftsminister Reinhard Meyer (SPD) für einen rechtzeitigen Abschluss des Verfahrens starkmachen.

Zitat-Text:

„Wir sind überbucht und haben damit ein Luxusproblem.“ - Stephan Knabe Aufsichtsrat, Deutsche Regas

Inflation sorgt für fast eine halbe Milliarde mehr Steuereinnahmen für MV

Mecklenburg-Vorpommern wird in diesem Jahr ein sattes Plus bei den Steuereinnahmen einfahren. Davon gehen die aktuellen Steuerschätzungen aus. Doch die Freude ist beim Landesfinanzminister Heike Geue (SPD) nicht ungetrübt.

Schwerin. Das Land Mecklenburg-Vorpommern kann in diesem Jahr mit 488 Millionen Euro mehr Einnahmen rechnen als im Mai erwartet worden ist. Im kommenden Jahr belaufe sich das vorhergesagte Plus auf 229 Millionen Euro, teilte Finanzminister Heiko Geue (SPD) am Freitag nach Berechnungen des Landes zur jüngsten Steuerschätzung mit. Die Kommunen im Nordosten können demnach mit Steuer Mehreinnahmen von 74 Millionen Euro in diesem und 50 Millionen Euro im kommenden Jahr rechnen.

Der Arbeitskreis Steuerschätzungen geht davon aus, dass Bund, Länder und Kommunen bis 2026 rund 126,4 Milliarden Euro mehr einnehmen werden als noch im Mai erwartet. In diesem Jahr sollen die Steuereinnahmen allerdings um 1,7 Milliarden Euro gerin-

ger als vorhergesagt ausfallen. Grund für die steigenden Steuereinnahmen ist unter anderem die hohe Inflationsrate: Wenn Waren teurer werden, steigen auch die Einnahmen aus den Steuern, die darauf zu entrichten sind. Vor allem die Mehrwertsteuer spült mehr Geld in die Kassen.

Finanzminister MV: keine zusätzlichen Handlungsspielräume

MV-Finanzminister Geue freut sich nicht uneingeschränkt. Den gestiegenen Einnahmeerwartungen stünden erhebliche inflationsbedingte Mehrausgaben bei Energiepreisen, Zinsen, Personalkosten sowie Hilfen für Verbraucher und Wirtschaft gegenüber, erklärte er. Deshalb ergäben sich keine zusätzlichen Handlungsspielräume für den Haushalt.

 Spiegel.de | 29.10.2022 Nils-Viktor Sorge, Reuters WEBLINK**SIGNAL AN RUSSLAND****Polen lässt erstes AKW von US-Firma bauen**

Der US-Konzern Westinghouse soll unweit der Ostseeküste Polens erstes Kernkraftwerk errichten. Zusammen mit weiteren Anlagen soll es das Land von der Kohle befreien – zu einem enormen Preis.

Polen lässt sein erstes Atomkraftwerk von der US-Firma Westinghouse Electric bauen. Ministerpräsident Mateusz Morawiecki gab die bereits seit längerem erwarteten Entscheidung am Freitag per Twitter bekannt: »Wir bestätigen, dass unser Kernenergieprojekt die zuverlässige und sichere Technologie von @WECNuclear nutzen wird.«

Standort für das erste Kraftwerk soll Choczewo nahe der Ostsee sein, berichtet die Nachrichtenagentur Bloomberg. Der Ort liegt etwa 75 Kilometer nordwestlich von Danzig. Der erste Reaktor soll 2033 in Betrieb genommen werden.

Polen will seinen CO₂-Ausstoß reduzieren und sich ganz von der Kohle verabschieden. Das Land setzt außerdem auf den Bau von Offshore-Windparks und Solarkraftwerken.

Westinghouse konkurrierte mit Südkoreas staatlichem Unternehmen Korea Hydro Nuclear Power, das im April ein Angebot abgegeben hatte. Auch französische Unternehmen waren im Gespräch.

Die Regierung in Warschau will insgesamt bis zu sechs Kernkraftwerke mit einer Kapazität von sechs bis neun Gigawatt bauen. Erzeugungsanlagen mit dieser Kapazität können Strom für etwa 15 bis 22,5 Millionen Haushalte produzieren, legt man eine Rechnung des deutschen Betreibers RWE mit Blick auf den hiesigen Strommarkt zugrunde.

Die Zusammenarbeit sei unter Mithilfe von Vizepräsidentin Kamala Harris und Energieministerin Jennifer Granholm zustande gekommen, sagte ein Vertreter des US-Präsidialamtes. »Die US-Partnerschaft bei diesem Projekt ist für uns alle von Vorteil: Wir können die Klimakrise angehen, die europäische Energiesicherheit stärken und die strategischen Beziehungen zwischen den USA und Polen vertiefen«, erklärte Harris in einem Tweet.

Der Deal solle dafür sorgen, dass Russland Energie nicht als Waffe einsetzen könne, sagte Granholm. Das 40-Milliarden-Dollar-Projekt werde 100.000 Arbeitsplätze in den USA sichern oder schaffen.

Argumente abgeschaltet?

Grünen-Minister sollen bei der AKW-Bewertung Einschätzung eigener Fachleute ignoriert haben

Berlin - Es waren die roten Linien der Grünen: Waffenlieferungen an die Ukraine, die Reaktivierung alter Kohlekraftwerke, der Bau von LNG-Terminals an Deutschlands Küste. Allem konnte die Partei infolge des russischen Angriffskrieges in der Ukraine zustimmen. Nur bei der Atomkraft blieben sie lange hart und beharrten trotz Energiekrise auf dem geplanten Ausstieg zum Jahreswechsel.

Die Argumente der Grünen variierten. Man habe ein Gas-, aber kein Stromproblem, hieß es zu Beginn. Der Strompreis sinke dadurch nicht und der Gasverbrauch könne durch den Weiterbetrieb nur geringfügig gesenkt werden, wurde später argumentiert. Doch Recherchen der „Welt am Sonntag“ und des „Cicero“ legen nahe, dass in den Grünen-geführten Ministerien – für Wirtschaft (BMWK) von Vizekanzler Robert Habeck und für Umweltschutz (BMUV) von Steffi Lemke – kritische Stimmen aus den eigenen Häusern ignoriert und Einfluss auf die Bewertungen genommen wurde.

Dem Bericht zufolge, der sich auf interne Dokumente beruft, formulierten Staatssekretäre aus BMUV und BMWK die Ablehnung bereits am 4. März – vor Gesprächen mit den AKW-Betreibern. In der Ablehnung von

Lemke und Habeck vom 8. März tauchten zudem keine Pro-AKW-Argumente auf, die unter anderem EnBW als Betreiber des AKW Neckarwestheim vorgebracht hatte.

Zudem sei die CO₂-Reduktion durch den Weiterbetrieb heruntergerechnet worden. Nur ein „sehr geringer Beitrag“ wäre dies für den Klimaschutz, hieß es in einem BMWK-Papier.

Selbst im Haus von Vizekanzler Robert Habeck sorgte das für Kritik: „Während wir (...) uns vom Weiterbetrieb von Kohle- und Öl-Kondensationsanlagen eine riesige Gaseinsparung erhoffen, sprechen wir dem Weiterbetrieb von AKW-Kondensationsanlagen diese Eigenschaft ab“, heißt es in der Mail eines Fachbeamten an die Presseabteilung im BMWK, aus dem „Wams“ zitiert.

Der Bericht gebe den Ablauf „verzerrt“ wieder, sagt ein Sprecher des BMUV auf Tagesspiegel-Anfrage. Das Ministerium habe „seine fachliche Position als oberste Atombehörde im März dieses Jahres (...) selbstverständlich unabhängig von den AKW-Betreibern entwickelt“. Atomaufsicht und AKW-Betreiber dürften keine gemeinsame Sache machen.